
Inhalt

Danksagung	11
A. Einleitung	13
I. Gegenstand der Untersuchung	13
II. Gegenwärtiger Forschungsstand	15
B. Entstehung der deutschen Staatsanwaltschaft Mitte des 19. Jahrhunderts	17
C. Entstehungsgeschichte des Reichsgerichts und der Reichsanwaltschaft	25
D. Die Reichsanwaltschaft im Kaiserreich (1879–1918)	29
I. Aufbau der Reichsanwaltschaft	29
II. Die Rechtsstellung und der soziale Status des Oberreichsanwalts und der Reichsanwälte	31
III. Die Oberreichsanwälte im Kaiserreich	34
1. August Freiherr von Seckendorff – der erste Oberreichsanwalt	34
2. Hermann Tessendorff – der »Sozialistenfresser«	35
3. Oskar Hamm – lieber Oberlandesgerichtspräsident in Köln als Oberreichsanwalt	39
4. Justus von Olshausen – der führende Strafrechtskommentator	40
5. Arthur Zweigert – ein Antipluralist	41
IV. Die erstinstanzliche Zuständigkeit der Reichsanwaltschaft gem. § 136 Nr. 1 GVG	43
1. Die erstinstanzliche Zuständigkeit des Reichsgerichts gem. § 136 Nr. 1 GVG	43

2. Das Strafverfahrensrecht in Strafverfahren gem. § 136 Nr. 1 GVG	44
V. Das Staatsschutzrecht im deutschen Kaiserreich	48
VI. Die Sitzungsvertretung der Reichsanwaltschaft in Staatsschutzverfahren vor dem vereinigten 2. und 3. Strafsenat des Reichsgerichts	52
1. Das erste Staatsschutzverfahren vor dem Reichsgericht	52
2. Die profranzösische Patriotenliga vor dem Reichsgericht	54
3. Der Hochverratsprozess gegen Karl Liebknecht	56
VII. Analyse der Haltung der Reichsanwaltschaft im Kaiserreich	61
 E. Die Reichsanwaltschaft in der Weimarer Republik	63
I. Die Zuständigkeitsänderungen im Staatsschutzrecht	63
II. Die Änderungen der Staatsschutznormen infolge der Revolution von 1918/19	70
III. Die innere Haltung der Staatsanwälte zu der Weimarer Republik	73
IV. Die Oberreichsanwälte der Weimarer Republik	77
1. Ludwig Ebermayer – konservativer Monarchist und Vernunftrepublikaner	77
2. Karl August Werner – ein rechtsextremistischer Ministerialrat	79
V. Die Reichsanwaltschaft in der Weimarer Republik	81
1. Der Aufbau der Reichsanwaltschaft in der Weimarer Republik und die rechtliche Stellung ihrer Staatsanwälte	81
2. Die Zusammenarbeit der Reichsanwaltschaft mit dem Reichskommissar für die Überwachung der öffentlichen Ordnung	84
VI. Staatsschutzverfahren vor dem Reichsgericht und dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik	85
1. Der Weltbühne-Prozess und die Landesverratsverfahren in der Weimarer Republik	85
a) Der politische und rechtliche Hintergrund der Strafverfahren wegen Verrats illegaler Staatsgeheimnisse	85
b) Ausgewählte Strafverfahren wegen Verrats illegaler Staatsgeheimnisse	87
c) Die Einschätzung der Strafverfahren wegen Verrats illegaler Staatsgeheimnisse durch die Reichsanwaltschaft	94
2. Exkurs: Der Beleidigungsprozess von Reichsanwalt Paul Jorns	96

3. Der »Kapp-Putsch« und die Strafverfahren gegen rechtsradikale Nationalisten	98
a) Der »Kapp-Lüttwitz Putsch«	98
b) Die Reichsanwaltschaft und die Organisation Consul	105
aa) Die Reichsanwaltschaft als Anwältin der Republik? Der Mord an Walther Rathenau und der missglückte Mordanschlag auf Philipp Scheidemann	105
bb) Die Reichsanwaltschaft als Anwältin der militärischen Staatsräson! Das Strafverfahren gegen die O.C. wegen Geheimbündelei gem. §§ 128 RStGB	106
c) Die Voruntersuchungen gegen den Vorsitzenden der »Alldeutschen« Claß	111
d) Der »Ulmer Reichswehrprozeß«	111
e) Die »Boxheimer-Dokumente«	114
4. Exkurs: Die Reichsanwaltschaft und die Leipziger Prozesse .	116
5. Der »Tschekaprozess« und die Strafverfahren gegen kommunistische Angeklagte	119
a) Die Sichtweise der Reichsanwaltschaft auf die KPD	119
b) Der »Tscheka-Prozess«	121
c) Die Anklagen gegen kommunistische Buchhändler und die kommunistische Presse	127
aa) Die Anklagepraxis der Reichsanwaltschaft in Strafverfahren gegen die kommunistische Presse	127
bb) Die Anklagepraxis der Reichsanwaltschaft in Strafverfahren gegen kommunistische Buchhändler . .	129
d) Der »Literarische Hochverrat«	131
VII. Analyse der Haltung der Reichsanwaltschaft in der Weimarer Republik	135
F. Die Reichsanwaltschaft im nationalsozialistischen Staat (1933–1945) .	141
I. Die Zuständigkeitsänderungen im Staatsschutzrecht	141
1. Der Reichstagsbrandprozess als Fanal	141
2. Die Errichtung des Volksgerichtshofs	145
II. Der außerordentliche Einspruch und die Nichtigkeitsbeschwerde des Oberreichsanwalts	148
1. Der außerordentliche Einspruch	148
2. Die Nichtigkeitsbeschwerde	152
a) Die rechtlichen Voraussetzungen für die Einlegung einer Nichtigkeitsbeschwerde	152
b) Die Einlegungspraxis der Nichtigkeitsbeschwerde durch die Reichsanwaltschaft beim Reichsgericht	155

III.	Die innere Haltung der Staatsanwälte zu dem nationalsozialistischen Staat	159
IV.	Die Reichsanwaltschaft beim Reichsgericht im 3. Reich	166
1.	Oberreichsanwalt Emil Brettle – ein Antisemit	166
2.	Die Reichsanwaltschaft beim Reichsgericht	167
a)	Die Beteiligung der NSDAP an den Ernennungen der Reichsanwälte	167
b)	Die Organisation der Reichsanwaltschaft und der Status ihrer Angehörigen	168
V.	Die Reichsanwaltschaft beim Volksgerichtshof	171
1.	Die Reichsanwaltschaft beim Volksgerichtshof	171
a)	Der Aufbau der Reichsanwaltschaft beim Volksgerichtshof	171
b)	Das Anweisungsrecht des Oberreichsanwalts beim VGH .	173
c)	Die Zusammenarbeit mit weiteren Staatsschutzstellen .	175
2.	Die Oberreichsanwälte der Reichsanwaltschaft beim Volksgerichtshof	175
a)	Der erste Außenstellenleiter Paul Jorns – schuldig der Strafvereitelung!	175
b)	Oberreichsanwalt Friedrich Parey – ein »Scharfmacher« .	176
c)	Oberreichsanwalt Ernst Lautz – ein »Mann ohne Gewissen« .	177
d)	Der ständige Stellvertreter des Oberreichsanwalts beim Volksgerichtshof Felix Parrisius – ein Opportunist .	181
VI.	Die Reichsanwaltschaft und die Rassenschandeverfahren vor dem Reichsgericht	184
VII.	Die Reichsanwaltschaft beim Volksgerichtshof und die politischen Strafverfahren	190
1.	Die Strafverfahren gegen kommunistische Angeklagte seit Ausbruch des 2. WK	190
2.	Die Strafverfahren wegen defaitistischer Äußerungen gem. § 5 I Nr. 1 KSSVO	195
3.	Die »Polenstrafrechtsverordnung«	203
VIII.	Analyse der Haltung der Reichsanwaltschaft beim Reichsgericht und der Reichsanwaltschaft beim Volksgerichtshof	206

G. Ein geglückter Neuanfang? – Die Bundesanwaltschaft und ihr schwieriges Erbe (1950–1969)	211
I. Die Zuständigkeiten der Bundesanwaltschaft in Staatsschutzstrafsachen bis zum Gesetz zur Einführung eines zweiten Rechtszuges in Staatsschutzstrafsachen vom 8. September 1969	211
II. Das westdeutsche Staatsschutzstrafrecht bis zum 8. Strafrechtsänderungsgesetz am 29. Mai 1968 und seine Einschätzung durch den 2. Generalbundesanwalt Max Güde . .	216
III. Die Bundesanwaltschaft beim Bundesgerichtshof bis zum Gesetz zur Einführung eines zweiten Rechtszuges in Staatsschutzstrafsachen vom 8. September 1969	222
IV. Die Generalbundesanwälte	227
1. Der 1. Oberbundesanwalt Carl Wiechmann – ein Antikommunist	227
2. Der 2. Generalbundesanwalt Max Güde – ein tendenziell liberaler Ankläger	232
3. Der 3. Generalbundesanwalt Wolfgang Fränkel – ein »Fanatiker der Todesstrafe«	235
4. Der 4. Generalbundesanwalt Ludwig Martin – nicht frei von Widersprüchen	240
V. Von der Reichsanwaltschaft nach Karlsruhe – Personelle Kontinuitäten in der Bundesanwaltschaft und den Strafsenaten des Bundesgerichtshofs	242
1. Die früheren Angehörigen der Reichsanwaltschaft beim Reichsgericht	242
a) Senatspräsident beim BGH Richard Neumann – er überlebte die Schoah	243
b) Senatspräsident beim BGH Max Hörchner – der frühere Abwehrbeauftragte der Reichsanwaltschaft	244
c) Bundesrichter Carl Kirchner – bei der Wahl zum Senatspräsidenten durchgefallen	246
d) Senatspräsident beim BGH Dagobert Moericke – der 1. Generalstaatsanwalt von Celle nach dem 2. Weltkrieg . .	247
e) Senatspräsident beim BGH Hans Richter – ein politisch opportuner Reichsanwalt	248
f) BGH-Präsident Hermann Weinkauff – ein langjähriger Hilfsarbeiter der Reichsanwaltschaft	249
2. Das Schicksal der früheren Staatsanwälte beim Volksgerichtshof nach 1949	250

a) Sonderfall: Der stellvertretende Generalbundesanwalt Walter Wagner	250
b) Das Schicksal der sonstigen früheren Staatsanwälte beim Volksgerichtshof: Anpassung an den neuen Staat	251
3. Exkurs: Die Staatsanwaltschaft in der DDR/SBZ	253
4. Ergebnis	254
VI. Die Strafverfolgungspraxis durch die Bundesanwaltschaft	255
1. Die Vulkan-Affäre	255
2. Das Strafverfahren gegen den 1. Chef des Bundesamtes für Verfassungsschutz	257
3. Das Strafverfahren gegen den Chefideologen des DGB	261
4. Die »Spiegel-Affäre« und ihre Folgen	265
VII. Die Strafverfolgung gem. § 100e I StGB	272
1. Die Auslegung des § 100 e I StGB in der bundesdeutschen Strafrechtsprechung	273
2. Die Strafverfolgung und Sitzungsvertretung in Strafsachen wegen landesverräterischer Beziehungen gem. § 100 e I StGB durch die Generalstaatsanwaltschaft Celle	277
VIII. Die Mentalität der westdeutschen Staatsanwälte im Kalten Krieg	284
1. Die Ablehnung einer offenen Auseinandersetzung mit dem 3. Reich	284
2. Antikommunismus als Grundkonsens der westdeutschen Strafrechtspflege	289
IX. Analyse der Haltung der Bundesanwaltschaft	292
H. Synthese	295
I. Schlusswort – gleichzeitig ein Aufruf für die Errichtung der »demokratischeren Staatsanwaltschaft«	297
Literaturverzeichnis	311
Quellenverzeichnis (unveröffentlichte Quellen)	365